

SIMEP Drs. 05-02/07

Berlin, 29. Oktober 2007

**ENTSCHLIEßUNG**  
**der Simulation Europäisches Parlament**  
**zur Strategie der Europäischen Union für Zentralasien**

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament

- unter Hinweis auf ihre früheren Entschlüsse zu Zentralasien und insbesondere auf jene vom 12.05.05 zu Kirgistan, jene vom 16.05.06 zu Kasachstan und jene vom 26.10.06 zu Usbekistan,
  - unter Hinweis auf die 1999 in Kraft getretenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Usbekistan, Kirgistan und Kasachstan, auf das 2004 unterzeichnete Handels-Interimsabkommen und das noch nicht ratifizierte PKA zwischen der EU und Tadschikistan, sowie auf den Vorschlag der Kommission für ein Handels-Interimsabkommen zwischen der EU und Turkmenistan, und insbesondere auf die Menschenrechtsklauseln in diesen Abkommen,
  - unter Hinweis auf die vom Europäischen Rat (Brüssel) am 21./22. Juni 2007 angenommene EU-Strategie für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien,<sup>1</sup>
  - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
  - auf der Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 29. Oktober 2007 (SIMEP Drs. 03-02/07),
  - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Unterausschusses für Menschenrechte vom 29. Oktober 2007 (SIMEP Drs. 02-02/07),
- A. in der Erwägung, dass die EU neben dem Interesse an der eigenen Energieversorgungssicherheit auch ein Interesse an der Achtung der Menschenrechte und dem Aufbau von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen in Zentralasien hat,
- B. in der Erwägung, dass die EU in ihrer energiepolitischen Zusammenarbeit mit Zentralasien diese unterschiedlichen Interessen in ausgewogener Weise berücksichtigen muss,
- C. in der Erwägung, dass Energie und Wasser Kernfragen für die Sicherheit der Menschen und die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region darstellen,
1. begrüßen, dass die EU ihr Augenmerk seit der deutschen Ratspräsidentschaft verstärkt auf die fünf Republiken richtet, die zusammen als Zentralasien bezeichnet werden (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan),

**I. Menschenrechte**

2. fordern die Intensivierung des vom Rat initiierten Menschenrechtsdialogs mit den Republiken Zentralasiens sowie die TACIS-Demokratieprogramme der Kommission, dabei muss ein nachhaltiger Wandel durch kritische Annäherung gesucht und verfolgt werden,
3. fordern zudem die Förderung des Aufbaus eines funktionierenden Bildungssystems, um somit eine Grundlage für die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten zu schaffen, damit in

<sup>1</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 21./22.06.07, Rats-Dok.Nr. 11177/1/07 (<http://www.consilium.europa.eu/docCenter.asp?lang=de>).

der Zukunft längerfristig die westlichen Werte im Bereich der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erreicht werden können, die auch Geschlechtergerechtigkeit und sozialen Frieden einschließen,

4. fordern den Rat und die Kommission auf, ihre Aktivitäten in den Bereichen des Menschenrechtsschutzes und der Demokratisierung bei Entgegenkommen der zentralasiatischen Staaten in diesen Punkten durch wirtschaftliche Förderung zu ergänzen,

## II. Energiesicherheit

5. begrüßen die EU-Strategie für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien als einen ersten Schritt in den Bemühungen der EU, die Erdgas- und Ölimporte aus den Republiken Zentralasiens zu erhöhen und die Transportrouten weiter auszubauen, um so die Energieversorgungssicherheit der EU dauerhaft zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Ziel sollen jedoch zugleich die alternativen Energiequellen in der EU weiterhin gefördert werden. Langfristig soll ein Transfer der Technologien für die Gewinnung alternativer Energien in die zentralasiatischen Staaten angestrebt und hierfür die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte gefördert werden,
6. betonen, dass auch die Energiepolitik an die Menschenrechtsbedingungen in den zentralasiatischen Staaten geknüpft sein muss,

## III. Russland

7. warnen vor dem Ausbruch neuer Konflikte in Zentralasien und fordern deshalb eine Einbeziehung Russlands in den relevanten Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Dialogs mit den Republiken Zentralasiens,
8. fordern weiterhin den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Zentralasien, um die energiepolitische Unabhängigkeit Europas sowie die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Republiken Zentralasiens von Russland zu fördern,

## IV. Aralsee

9. fordern den Rat und die Kommission auf, mit dem Expertenwissen der lokalen Delegationen der Kommission sowie mit finanzieller Unterstützung aus EU-Mitteln der Versteppung des Aralsees entgegen zu wirken, beispielsweise durch Verbesserung der Bewässerungssysteme, aber auch durch Unterstützung einer Diversifizierung der lokalen Wirtschaft nach dem Prinzip Fordern und Fördern.
10. fordern den Rat und die Kommission auf, auf ein Umdenken in Bezug auf Umweltschutz und einen schonenden Umgang mit den Ressourcen in der Region hinzuwirken.



Die Veranstaltung wird mit Unterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung durchgeführt.